



2020/05 Geschichte

<https://shop.jungle.world/artikel/2020/05/nie-wieder-frieden>

Die Friedensverträge von Versailles werden erneut von Rechten instrumentalisiert

Nie wieder Frieden

Von **Klaus Thörner**

Vor 100 Jahren wurde der Versailler Vertrag abgeschlossen. Heutzutage wird in Deutschland die Polemik gegen das »Diktat« und den »Schandfrieden« wieder aufgegriffen.

»Die Geburtsstätte der Nazibewegung ist nicht München, sondern Versailles.« Mit diesen Worten leitete Bernd Baumann, der parlamentarische Geschäftsführer der AfD-Bundestagsfraktion, am 27. November ein Podiumsgespräch mit dem Bundestagsfraktionsvorsitzenden Alexander Gauland und Willy Wimmer (CDU), dem früheren verteidigungspolitischen Sprecher der Unionsfraktion im Bundestag, über die Folgen des vor 100 Jahren unterzeichneten Versailler Vertrags ein. Mit Genugtuung fügte Baumann hinzu, dies seien nicht seine eigenen Worte, sondern die des ersten Bundespräsidenten, Theodor Heuss (FDP).

Der Versailler Vertrag war letztlich ein vergeblicher Versuch, die deutsche Hegemonialpolitik aufzuhalten.

Nur zeugt diese Aussage Heuss' aus dem Jahr 1932 nicht von dessen Hellsichtigkeit, sondern von einer typisch deutschen Leugnung von Verantwortung und der Projektion von Schuld auf »fremde Mächte«. Diese Verantwortung hätte Heuss ohne Zweifel auch persönlich übernehmen müssen. Als Mitglied des engen Kreises um Friedrich Naumann hatte er durchaus Einfluss auf die Festlegung der deutschen Kriegsziele im Septemberprogramm des Reichskanzlers Theobald von Bethmann-Hollweg von 1914. Naumanns Buch »Mitteleuropa« erschien 1915 und war der deutsche Bestseller des Ersten Weltkriegs. Darin heißt es: »Das allgemeine Ziel des Krieges: Sicherung des Deutschen Reiches nach West und Ost auf erdenkliche Zeit. Zu diesem Zweck muss Frankreich so geschwächt werden, dass es als Großmacht nicht neu erstehen kann, Russland von der deutschen Grenze nach Möglichkeit abgedrängt und seine Herrschaft über die nichtrussischen Vasallenvölker gebrochen werden. (...) Es ist zu erreichen die Gründung eines mitteleuropäischen Wirtschaftsverbandes. (...) Dieser Verband, wohl ohne konstitutionelle Spitze unter äußerlicher Gleichberechtigung seiner Mitglieder, aber

tatsächlich unter deutscher Führung, muss die wirtschaftliche Vorherrschaft Deutschlands über Mitteleuropa stabilisieren.« In zwei Weltkriegen versuchte Deutschland diese Ziele brutal durchzusetzen. Nach 1990 gelang die Realisierung der letzten beiden der drei Kriegsziele durch die Auflösung der Sowjetunion und die Osterweiterung der Europäischen Union.

Kriegsziel »Mitteleuropa«

Eine kriegerische Durchsetzung eines von Deutschland beherrschten »Mitteleuropas«, wie es unter anderen Naumann und Heuss propagierten, strebte die Berliner Regierung bereits nach dem Ersten Balkankrieg von 1912 an. Papieren größtenwahnsinniger deutscher Strategen zufolge sollte es von Borkum bis Basra reichen. Deutschland rüstete für einen Krieg gegen Serbien und Russland, deren Bündnis dem Hegemonialanspruch der deutschen Regierung in Südosteuropa und im Nahen Osten im Weg war. Nach erfolgter Aufrüstung wartete die deutsche Führung, unter anderem Kaiser Wilhelm II., nur auf eine Provokation. Diese fand sich am 28. Juni 1914: das Attentat auf den österreichischen Thronfolger und seine Ehefrau in Sarajevo.

Schon kurz darauf drängte die deutsche Regierung das Habsburger Reich, gemeinsam mit dem Deutschen Reich Serbien und Russland den Krieg zu erklären. Auch die tschechischen Politiker Tomáš Garrigue Masaryk und Edvard Beneš erkannten in einem vom Deutschen Reich beherrschten »Mitteleuropa« das zentrale Kriegsziel der Berliner Regierung.

1918 überzeugten Masaryk und Beneš gemeinsam mit französischen und britischen Journalisten die siegreichen Ententemächte, als langfristige Barrieren gegen den deutschen Drang nach Osten und Südosten in den Friedensverträgen die Gründung der neuen Staaten Polen, Tschechoslowakei und Jugoslawien zu proklamieren. Neben Versailles wurden die Pariser Vorortverträge, die den Gründungsakt des Völkerbundes bildeten, 1919 und 1920 in St. Germain (mit Österreich), Trianon (mit Ungarn) und Sevres (mit dem Osmanischen Reich) geschlossen. Im Vertrag von St. Germain wurde ein Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich verboten. Dieses Verbot brach das Deutsche Reich im März 1938. Auch die noch im selben Jahr folgende Abtrennung des Sudetenlands von der Tschechoslowakei verstieß gegen die Friedensverträge. Den multikulturellen Staat Jugoslawien, der in Deutschland immer als Kunstprodukt des Versailler Vertrags diffamiert wurde, zerschlugen und zersplitterten die Deutschen zweimal: im April 1941 unter Hitler und im Dezember 1991 unter Kohl und Genscher. Der Versailler Vertrag war letztlich ein vergeblicher Versuch, die deutsche Hegemonialpolitik aufzuhalten.

Am 19. Mai 1919 legten die Regierungen der Ententemächte Frankreich, Großbritannien und USA der deutschen Delegation, zu der die Professoren Max Weber und Hans Delbrück gehörten, ihre Bedingungen für einen Friedensvertrag vor. Die Delegation weigerte sich zu unterschreiben und verlangte Milderungen. Zu den daraufhin gemachten Zugeständnissen, die der deutschen Regierung am 16. Juni übermittelt wurden, zählte eine Volksabstimmung in Oberschlesien über die Frage, ob das dortige Kohlerevier ein Teil Polens oder des Deutschen Reiches sein sollte. Schließlich setzten Außenminister Hermann Müller (SPD) und Verkehrsminister Johannes Bell (SPD) am 28. Juni 1919 ihre Unterschriften unter den Friedensvertrag. Zuvor mussten sie eine Gruppe verstümmelter französischer Soldaten passieren.

Die Unterzeichnung fand im Spiegelsaal des Schlosses von Versailles statt, in dem im Januar 1871 nach dem Sieg im Deutsch-Französischen Krieg das Deutsche Reich gegründet und der Kaiser gekrönt worden war. Die Regierung unter Otto von Bismark hatte Frankreich damals zur Zahlung von Reparationen in Höhe von fünf Milliarden Goldfranken gezwungen, bis zu deren Abzahlung Teile Frankreichs besetzt geblieben waren. Mit den Geldern hatte das deutsche Reich umfangreiche Infrastrukturmaßnahmen finanziert, die den Gründerboom und den Aufschwung des Deutschen Reichs zur Großmacht ermöglichten.

Alleinschuld Deutschlands

Der Versailler Friedensvertrag von 1919 ist auch als Replik auf das deutsche Diktat von 1871 zu verstehen. Durch ihn verlor die verhinderte deutsche Weltmacht ihre Kolonien, ein Siebtel den Versailler Vertrag Gebiets und ein Zehntel ihrer Bevölkerung. In Artikel 231 wurde die deutsche Alleinschuld am Ersten Weltkrieg benannt. Daraus resultierten umfassende Reparationsforderungen. »Welche Hand müsste nicht verdorren, die sich und uns in diese Fesseln legt?« jammerte am 12. Mai 1919 Ministerpräsident Philipp Scheidemann (SPD) und trat aus Protest gegen den Vertrag zurück.

Der Versailler Vertrag erklärte das Deutsche Reich für alle Verluste und Schäden des Weltkriegs verantwortlich. Eine genaue Höhe der Reparationen wurde zunächst nicht festgelegt. Eine erste Rate betrug 20 Millionen Reichsmark und war bis April 1921 zu zahlen. Die Festlegung weiterer Zahlungen oblag einem Wiedergutmachungsausschuss mit fünf Vertretern der Entente. Wegen der in der Nachkriegszeit immer größer werdenden wirtschaftlichen Probleme forderten die Ententemächte bald auch Sachleistungen beispielsweise in Form von Stahl, Holz und Kohle. Da das Deutsche Reich diesen Forderungen nur schleppend und widerstrebend nachkam, besetzten französische und belgische Truppen von 1923 bis 1925 das Ruhrgebiet.

Schließlich trat 1930 der Young-Plan in Kraft, der Reparationszahlungen in der durchschnittlichen Höhe von zwei Milliarden Reichsmark im Jahr festlegte. Er sollte bis 1988 gelten, wurde aber bereits im Juni 1931 ausgesetzt und im Juni 1932 auf der Konferenz von Lausanne aufgehoben. In der deutschen Öffentlichkeit galt der Versailler Vertrag von Anfang an als Diktat und »Schandfrieden«. Die öffentliche Hetze, die mit antisemitischen Invektiven einherging, richtete sich schnell gegen Politiker, die den Vertrag unterzeichnet oder befürwortet hatten. Folge dieser Hetze war die Ermordung der Politiker Matthias Erzberger (1921) und Walther Rathenau (1922) durch faschistische Terroristen.

Neuer Revisionismus

Derzeit entsteht ein neuer Geschichtsrevisionismus. 2013 wurde im deutschen Feuilleton der australische Historiker Christopher Clark wegen seines Buchs »Die Schlafwandler. Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog« gefeiert. Darin verbreitet Clark das Märchen, niemand sei verantwortlich für den Ersten Weltkrieg, daher seien die Deutschen von der Schuld freizusprechen, die der Historiker Fritz Fischer in seinen Büchern »Griff nach der Weltmacht« und »Krieg der Illusionen« in den Fünfzigern nachgewiesen hatte.

Inzwischen feiern die AfD und die verschwörungsideologische Website Ken FM das im Mai 2019 erschienene Buch »Und immer wieder Versailles. Ein Jahrhundert im Brennglas« von Willy Wimmer und Alexander Sosnowski. Im Werbetext steht: »Mit dem Vertrag von Versailles (...) wird das Verdikt erlassen, das eine deutsche Alleinschuld zementierte und so dieses Tor zur Hölle aufstoßen sollte.«

Unklar bleibt, was hier die Hölle sein soll: der Nationalsozialismus oder die Demütigung der Deutschen durch Gebietsabtretungen, Reparationen und das Wiederaufrüstungsverbot. Es wird weiter behauptet, Versailles wirke bis heute fort und die Vorbereitungen für den nächsten Krieg seien »bereits in vollem Gange«. Als Kriegstreiber halluzinieren die AfD, Wimmer und Ken Jebsen reflexartig die USA, deren Kriegseintritte 1917 und 1941 mitentscheidend für die deutschen Niederlagen waren. Der ganze Zweck des Unternehmens: Die Deutschen werden von ihrer Schuld an den Weltkriegen und am Nationalsozialismus freigesprochen, die stattdessen nun den Entente-Mächten in die Schuhe geschoben wird.